Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 40 (1946)

Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : die grosse Not ; Friedlosigkeit ; Um die Atombombe ; Russlands Recht ; Russlands Unrecht ; Politik des guten Willens ; Der Kampf um Vorderasien ; Palästina ; Aegypten und Persien ; Indien ; Indonesien und Ostasien ; Radikale Wendung tut ...

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-138845

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

dieſer ritterlichen Waffe romantiſch verklärter Zeiten, kann heute nur zur Verharmloſung der wirklichen Gefahr dienen.

Wenn wir wirklich nur die Hoffnung haben dürften, daß allen Zeichen der Zeit zum Trotz nur wieder eine alte Ordnung aufgerichtet wird, in der die Kirchen ebenfalls in alter Weiſe Gelegenheit hätten, „für die Ordnung der Liebe" zu werben, dann würde uns das kaum Anlaß zu öffentlicher Fürbitte, viel eher Anlaß zu ſchamvollem Schweigen werden. Weil uns das Gottesreich von Jeſus Chriſtus nicht in ſolche Ferne gerückt, ſondern als revolutionierende Kraft der Gegenwart geſchenkt iſt, glauben wir freilich, daß für die Verhandlungen in Paris, überhaupt für das politiſche Leben der Gegenwart, Fürbitte getan werden darf. Fürbitte dürfen wir tun, daß dort in aller menſchlicher Schwachheit die wirklich drohenden Geiſter gebannt, daß die Wellen des Mißtrauens zurückgedämmt werden, daß die Fragen, die vom Hunger und der Atombombe, von Schuld, Rechtloſigkeit und geiſtiger Müdigkeit her geſtellt ſind, eine Antwort finden. Wir wollen bitten, daß vor allem in unſeren eigenen Herzen jeder Mißbrauch des göttlichen Namens ausgelöſcht werde, der in Vergangenheit und Gegenwart die Kirchen an die jeweils herrſchenden Gewalten band, und daß jener Kleinglaube gelöſcht werde, der aus der Lehre von den zwei grundwegs verſchiedenen Reichen ſtammt und dem Menſchen die gottgewollte Würde nimmt, ſeine Zeit wirklich zu beherrſchen und neu zu geſtalten.

Bruno Balſcheit, Läufelfingen. *Hans Bopp*, Rümlingen.

Weltrundſchau

Die große Not

Die Welt iſt nicht ſchöner geworden, ſeitdem vor faſt vier Monaten meine letzte Rundſchau in den „Neuen Wegen" erſchienen iſt. Friſch aus Amerika zurückgekehrt, das ſchon wieder fröhlich in Proſperity macht, habe ich ſogar manchmal die Idee, als werde die Not und die Zerrüttung, die der Krieg in Europa zurückgelaſſen hat, eher größer denn geringer, und als ſeien alle Bemühungen, das Chaos zu bändigen, wie durch ein böſes Verhängnis von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Gewiß, in der Bekämpfung der dringendſten Nöte, vor allem des *Hungers*, iſt dank ungeheuer viel gutem Willen von Regierungen und Privaten Großes geleiſtet worden, und nicht zuletzt iſt da auch von der Schweiz aus ein Werk der Nächſtenliebe getan worden, das ihr mehr Schutz und Sicherheit einbringen wird als ſämtliche militäriſchen Rüſtungen, die wir bereitſtellen könnten. Trotzdem bleibt die Hauptſache erſt noch zu tun. Die halbe Bevölkerung der Welt leidet

an Unterernährung oder geradezu an Hunger; allein in Oesterreich — um nur dieses eine Beispiel herauszugreifen — hat sich infolge Nahrungsmangels die Sterblichkeit bei Säuglingen gegenüber der Vorkriegszeit vervierfacht, bei Erwachsenen verdreifacht. Die Aussicht auf den nächsten Winter ist für viele Länder einfach erschreckend. Dabei herrscht in anderen Ländern eigentlicher Ueberfluß; die Vereinigten Staaten z. B. erwarten heuer die größte Ernte an Nährgetreide, Kartoffeln, Obst, Zuckerrüben usw., die in ihrer Geschichte je vorgekommen sei, und zahlreich sind drüben die Stimmen derer, die, wie ein Mitarbeiter der Neuyorker Zeitung „P. M." fragen: „Wir möchten wissen, warum die Obrigkeit unseres Landes in bezug auf die Lebensmittelrationierung so dickköpfig ist. Vielleicht ist die Sache doch nicht so einfach, wie es uns vorkommt. Sonst wäre es sicherlich ein Verbrechen, da draußen die Menschen sterben zu lassen, während wir so viel mehr haben, als wir brauchen."

Es scheint unter diesen Umständen unverantwortlich, daß die UNRRA, die große Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, an ihrer jüngsten Tagung in Genf die Einstellung ihrer segensreichen Tätigkeit auf Ende dieses Jahres — für den Fernen Osten auf kommendes Frühjahr — ins Auge fassen mußte. Warum? Weil die Länder, die im Kriege keine Invasion erlitten haben, nicht mehr das halbe Prozent Abgabe von ihrem Volkseinkommen aufbringen zu können behaupten, das nötig wäre, um die Fortsetzung der Hilfstätigkeit der UNRRA sicherzustellen. Dabei werfen die gleichen Länder mit einer leichten Handbewegung ein Mehrfaches dieses Betrages zum Fenster hinaus, um sich einen ja doch bloß trügerischen Schutz gegen den „nächsten Krieg" zu schaffen! Auch die Schweiz macht hier gar keine gute Figur. Hoffentlich kommt nun wenigstens das Welternährungsamt zustande, das der am 2. September in Kopenhagen zusammentretenden Konferenz der internationalen Landwirtschafts- und Ernährungsorganisationen ihr Leiter, der geniale Sir John Orr, vorschlagen wird. Diese Behörde hätte die Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln über die ganze Welt hin einheitlich anzuordnen, die Preise zu regeln und so den Anfang zu jener Weltplanwirtschaft zu machen, nach der angesichts der verzweifelten Zerrüttung von Handel und Wandel unsere Lage förmlich schreit. Wenn nicht Menschlichkeit, so wird vielleicht doch die Erwägung, daß ohne internationale Regelung die landwirtschaftlichen Preise zusammenzubrechen und eine schwere Krise heraufzuführen drohen, dem Plan zur Annahme verhelfen.

Vergessen wir im übrigen nicht, daß der Hunger nur *eine* Form der Not ist, die jetzt die Völker zermürbt, eine Not, von deren Grausamkeit man ja nur dann eine Ahnung bekommt, wenn man bestimmte menschliche Einzelschicksale kennen lernt, wie sie sich im Rahmen des Massenelends gestalten. Zu den ärgsten Nöten gehört sicher die Ver-

wahrlosung der Millionen „entwurzelter Personen", dieser Heimatlosen, deren Mißhandlung durch die Behörden ein großer Skandal geworden ist, und anderseits die sittliche Verwilderung, Verrohung und Zügellosigkeit, die jetzt in besonders schrecklichem Maß über die Völker gekommen ist *). *Diese* Kriegsfolgen werden am schwersten zu heilen sein.

Friedlosigkeit Und bereits redet man — wie gesagt — gedankenlos oder zynisch vom „dritten Weltkrieg", der sich nähere! Soviel ist freilich an dieser Rede richtig, daß die Welt bisher ihren Frieden noch immer nicht gefunden hat und ihn auch auf unbestimmte Zeit nicht finden wird. Die seit dem 29. Juli in Paris tagende sogenannte *Friedenskonferenz* macht ja viel eher den Eindruck, daß hier, besonders wenn man sich die Beziehungen der Vertreter der Westmächte zu denen der Sowjetunion ansieht, nicht Friedestifter zusammengekommen sind, sondern Kriegsmacher oder — wie sich ein englisches Blatt ausgedrückt hat — „offene Feinde, die auf Grund einer tatsächlichen militärischen Besetzung miteinander einen zeitweiligen Waffenstillstand zusammenschustern". Was diese Friedenskonferenz bis heute wirklich fertig gebracht hat, das ist sozusagen null, wenn nicht minus, obwohl die Verträge mit den ehemaligen Achsentrabanten schon fertig vorliegen und es sich nur mehr um Empfehlungen handelt, die den „Großen Vier" von den kleineren Alliierten unterbreitet werden sollen. (Nebenbei: Gegenüber der katastrophalen „offenen Diplomatie", die jetzt in Paris betrieben wird, hat die vielgeschmähte Geheimdiplomatie doch auch ihre erheblichen Vorteile!) Das dramatische Ringen zwischen dem von Rußland geführten „Ostblock" und dem Reste der Delegationen um das Abstimmungsverfahren beleuchtete gleich zu Anfang die Gegensätze aufs schärfste: die Westmächte gedachten, mit Hilfe *ihrer* Trabanten, die Sowjetunion von vornherein leichthin in die Minderheit versetzen zu können, während sich die Sowjetunion ihrerseits hartnäckig gegen solche Majorisierung wehrte und für „wichtige" Empfehlungen auch tatsächlich die Regel der Zweidrittelsmehrheit durchdrückte. Die Folge ist, daß in den bedeutenderen Fragen keine der beiden Mächtegruppen ihrer Auffassung Geltung verschaffen und so die Arbeit der Konferenz endlos hinausgezögert werden kann, zumal im September auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Neuyork zusammentreten wird.

Unterdessen *verschlechtert sich die Weltlage* andauernd. Der Zustand Mitteleuropas, insbesondere Deutschlands und Oesterreichs, an

*) Wie letzthin berichtet wurde, wird von vier amerikanischen Soldaten im Laufe eines Jahres je einer geschlechtskrank. Und in der Schweiz habe sich die Zahl der Geschlechtskrankheiten zwischen 1941 und 1944 verzwanzigfacht — eine allerdings fast unglaubliche Zunahme.

deſſen Behandlung ſich eine interalliierte Konferenz überhaupt nicht herantraut, wird nachgerade ganz unhaltbar. Der Hexenkeſſel Balkan brodelt wieder einmal aufs bedenklichſte. Und wie mit einem Blitz beleuchtete die unerhört ſcharfe, ſachlich nicht gerechtfertigte Sprache des amerikaniſchen Ultimatums an Tito wegen des Abſchuſſes zweier USA.-Flugzeuge durch jugoſlawiſche Truppen die Lage im „europäiſchen Wetterwinkel": es geht einfach um eine Machtprobe, bei der zunächſt einmal abgetaſtet werden ſoll, wieweit man die hinter Jugoſlawien vermutete Sowjetunion einſchüchtern kann, ohne allzuviel riskieren zu müſſen. Den Sack ſchlägt man und den Eſel meint man! Dabei ſcheint jetzt Amerika die Führung übernommen zu haben; ja man ſpricht ſogar von einer „neuen Außenpolitik", die in Waſhington beſchloſſen worden ſei und mit der Demütigung Jugoſlawiens ihren erſten Triumph errungen habe.

Anderſeits ſtößt auch Rußland ganz planmäßig gegen weſtalliierte, namentlich britiſche, Machtſtellungen vor, indem es aus ſeinem Gefängnis im Schwarzen Meer durch die Meerengen ins Mittelmeer hinausdrängt, den bulgariſchen Anſpruch auf einen Ausgang ins Aegäiſche Meer unterſtützt und die „Provokationen" der von England gehaltenen reaktionären griechiſchen Regierung vor den Sicherheitsrat bringen ließ. Der *Kampf ums Mittelmeer,* das Großbritannien als *ſein* Meer betrachtet, und an dem auch die Vereinigten Staaten durch Flottenkundgebungen ihr lebhaftes Intereſſe bekunden, ſcheint damit in aller Form eröffnet. Und wie hier, ſo ertönen auch ſonſt überall auf dem Balkan und im Donauraum, in Trieſt wie in Siebenbürgen, in Mazedonien wie im Epirus, die alten, wohlbekannten Loſungsworte der nationalen Machtpolitik: ſtrategiſche Grenzen, Flottenſtützpunkte, Befreiung der unerlöſten Brüder uſw. Vom Willen zu einer übernationalen Rechtsordnung, zu kollektiver Friedenswahrung, auf deren Boden alle Fragen nationaler Sicherheit und Freiheit die natürlichſte Löſung fänden, keine Spur!

Und erſt recht iſt der Machtkampf in *Aſien* entbrannt. Vom Suezkanal über Paläſtina und die Türkei, durch Iran und Irak hinein nach Indien und Indoneſien und weiter nach China und Japan — allenthalben ein einziges, rieſiges Ringen um Macht und Profit, wobei ſich der Gegenſatz Sowjetunion — Weſtalliierte immer weiter und gefährlicher zuſpitzt.

Um die Atombombe

In dieſen Zuſammenhang gehören auch die amerikaniſchen Verſuche mit der Atombombe bei Bikini, im Stillen Ozean. Der militäriſche Zweck dieſer Verſuche mag zweifelhaft ſein, und ihre wirklichen techniſchen Ergebniſſe werden wohl der Welt für immer unbekannt bleiben; um ſo klarer war dafür ihr *politiſcher* Zweck und ihre *internationale* Wirkung: man

brauchte in jenen Tagen nur die öffentliche Meinung Amerikas zu beobachten, und man war ſchon im Bild, was da geſpielt wurde, und auf *wen* Bikini gemünzt war. Ein großer und hoffentlich wachſender Teil des amerikaniſchen Volkes iſt ſich zwar der unheimlichen Verantwortung wohl bewußt, die der Beſitz der Atombombe auf die Vereinigten Staaten legt. Ausdruck dieſes Bewußtſeins iſt der unter dem Namen Baruch-Bericht bekannt gewordene Vorſchlag der Regierung der Vereinigten Staaten, eine *internationale Atomkraftbehörde* einzuſetzen, die die ausſchließliche Aufſicht über Erzeugung, Entwicklung und Anwendung von Atomkraft ausüben und den Gebrauch von Atombomben, ebenſo wie anderer Maſſenvernichtungswaffen — Bakterien, Gaſe, elektriſche Wolken u. drgl. — im Krieg verbieten würde, wobei die fünf im Sicherheitsrat vertretenen Großmächte gegenüber der Atomkraftbehörde auf ihr Vetorecht zu verzichten hätten.

Ein großer, rettender Gedanke, der ſeinen Urhebern alle Ehre macht. Nur — ſeiner Verwirklichung ſtellen ſich ernſte Schwierigkeiten in den Weg. Amerika will ſich nämlich das Recht vorbehalten, das Geheimnis der Atombombe erſt dann der internationalen Behörde auszuliefern, wenn ihm „angemeſſene internationale Sicherheiten gegen den Mißbrauch ſolcher Mitteilungen" geboten ſeien. Bis dahin alſo — und ſie können dieſen Zeitpunkt hinausſchieben, ſolange ſie wollen — gedenken die Vereinigten Staaten weiter Atombomben herzuſtellen, und das heißt, daß alle Verhandlungen über die Atomkontrolle unter dem Druck und der Drohung des amerikaniſchen Atommonopols ſtünden, daß das tödliche internationale Mißtrauen fortdauern und der Wettlauf um den Beſitz des Atomgeheimniſſes weitergehen würde... bis auch Rußland dahinter gekommen wäre. Die Sowjetunion weigerte ſich jedenfalls, auf die ſelbſtändige Fortſetzung ihrer Atomforſchungen zu verzichten und einer internationalen Behörde Einblick darein zu geſtatten, ſolange Amerika das Atombombenmonopol habe. Ihr Gegenvorſchlag war, die Vereinigten Staaten ſollten von ſich aus ſofort auf die Herſtellung und den Gebrauch von Atombomben verzichten, worauf dann die Verwendung von Atombomben auf dem Konkordatsweg, alſo nur geſtützt auf *nationale* Geſetzgebung, verboten und die Ausführung des Verbots vom Sicherheitsrat überwacht werden ſolle, gegen deſſen Beſchlüſſe wie üblich das Veto eingelegt werden könne.

Dieſer letzte Punkt des ruſſiſchen Vorſchlags iſt natürlich widerſinnig und wird auch der Lage Amerikas nicht gerecht, dem man nicht zumuten kann, auf ſeinen Vorſprung in der Atombombenherſtellung zu verzichten, ohne ihm unbedingte, durch kein Veto bedrohte Sicherheit gegen einen Angriff zu bieten. Aber die Haltung der Sowjetunion entſpricht eben ganz ihrer Ueberzeugung, einer feindſeligen kapitaliſtiſchen Welt gegenüberzuſtehen, die nur auf ihren Untergang ſinne,

weshalb ſie jederzeit die Möglichkeit haben müſſe, einen gegen ihre Intereſſen gerichteten Beſchluß der übrigen Staaten zu verhindern. Die Aechtung des Atomkrieges, ja des Krieges überhaupt, die Monopoliſierung der neuen Vernichtungswaffen, ja *aller* Waffen und Kriegsrüſtungen, durch eine ſouveräne Weltobrigkeit wird darum erſt möglich werden, wenn das tiefe Mißtrauen, das jetzt zwiſchen Oſt und Weſt herrſcht, und die damit verbundene gegenſeitige *Furcht* überwunden ſein wird. Wie es eine der hellſichtigſten amerikaniſchen Zeitſchriften einmal ausgedrückt hat: „Die ruſſiſche Unnachgiebigkeit iſt in erſter Linie auf Furcht gegründet — die Furcht, die Kapitaliſten anderer Länder wollten ihr gemeinwirtſchaftliches Experiment zerſtören. Die amerikaniſche Unnachgiebigkeit iſt ebenfalls auf Furcht gegründet — in erſter Linie die Furcht der Nutznießer unſeres gegenwärtigen Geſellſchaftsſyſtems, die beſondere Vorteile, die ſie darin genießen, würden ihnen entriſſen werden." („New Republic", 24. Juni 1946.)

Rußlands Recht Verweilen wir aber doch noch etwas länger bei der ſo lebhaft umſtrittenen und ſo ſelten gerecht gewürdigten weltpolitiſchen Haltung Rußlands. Im Hintergrunde des Denkens der Männer, die die Sowjetunion leiten, ſteht immer der Glaube: Kapitalismus iſt Krieg, Kommunismus iſt Friede. Die ruſſiſche Politik faßt nicht nur die *Möglichkeit*, ſondern ſogar die *Wahrſcheinlichkeit*, wenn nicht die *Gewißheit* eines neuen Krieges ins Auge, der aus der kapitaliſtiſchen Weltunordnung hervorbrechen werde, eines Krieges, der dann unvermeidlicherweiſe gegen die einzige ſozialiſtiſche Großmacht der Welt gerichtet ſein werde. Aus dieſem Glauben folgt ein doppeltes Streben: 1. den Herrſchaftsbereich des Kapitalismus und Imperialismus möglichſt zu verengern und denjenigen des Kommunismus entſprechend zu erweitern; 2. die Sowjetunion für den Fall eines neuen Krieges ſo ſtark und ſo unangreifbar wie nur möglich zu machen und ihr die beſten Ausgangsſtellungen in jeder Beziehung zu ſichern.

Beide Ziele verfolgt die ruſſiſche Politik mit derjenigen Folgerichtigkeit und Unduldſamkeit, die dem Weſen des Kommunismus als einer totalitären Geſellſchaftslehre und vielleicht auch dem ruſſiſchen Charakter, ganz beſtimmt aber den bisherigen Erfahrungen der Sowjetunion mit der Außenwelt entſpricht, von den Interventionskriegen der zwanziger Jahre bis zum Münchner Abkommen und zum britiſchen Angriffsplan gegen Rußland von 1940. *Nicht* geſagt aber, ja ganz unwahrſcheinlich iſt es, daß aus den angegebenen Zielen der Sowjetpolitik die Abſicht eines *Angriffskrieges* folge, wie dies z. B. William C. Bullitt, der frühere amerikaniſche Botſchafter in Moskau, neuerdings in ſeinem Buche „The Great Globe itſelf" und die ganze

populäre Propaganda, die gegen Rußland getrieben wird, annimmt. Abgeſehen davon, daß die aus tauſend Wunden blutende Sowjetunion, die im Kriege gegen Hitler furchtbarere Verluſte und Zerſtörungen erlitten hat als ſämtliche übrigen Alliierten zuſammen, auf abſehbare Zeit einen Krieg gar nicht führen *könnte*, gehen die Leiter der Sowjetpolitik nur einfach von der Vorſtellung aus, daß die im Kapitalismus wirkenden Kriegskräfte einmal explodieren könnten, ja vermutlich explodieren *würden*, und daß dann die Sowjetunion zu einem letzten Entſcheidungskampf auf Tod und Leben gezwungen wäre. Und darin haben ſie ein ganzes Stück recht.

Im Kapitalismus *liegen* tatſächlich ſtärkſte Kriegskräfte. Die kapitaliſtiſche Wirtſchaft ſteht angeſichts ihrer chroniſchen Abſatznot unter dem dauernden Zwang, immer neue Warenmärkte, Rohſtoffquellen und Kapitalanlagegebiete zu erobern, und das ſchafft ohne jeden Zweifel gefährlichſte Möglichkeiten für Völkerkonflikte. Eine neue akute Wirtſchaftskriſe — und wer iſt ſo vermeſſen, den Ausbruch einer ſolchen als ausgeſchloſſen zu erklären? — könnte recht wohl wiederum einen kriegstreiberiſchen Faſchismus obenauf bringen und das Induſtrie- und Finanzkapital in ſchwere Verſuchung führen, wie in den dreißiger Jahren Verwertung und Gewinn in uferloſer Rüſtungsproduktion zu ſuchen, um „die Kriſe mit Kanonen aus der Welt zu ſchießen" — mit Kanonen, die natürlich zuerſt gegen die Sowjetunion losgehen würden.

Bullitt rechnet den Amerikanern ſchon heute vor, die Sowjetunion werde in 30 Jahren wahrſcheinlich 100 Millionen Einwohner mehr zählen als die Vereinigten Staaten und im Jahr 1970 faſt 37 Millionen kriegsfähige Männer haben gegen nur 5,7 Millionen, die dann Großbritannien und 4,8 Millionen, die Frankreich haben werde. Der Gedanke eines *Präventivkrieges* gegen Rußland muß ſich ja da dem Durchſchnittsleſer von Bullitts Buch geradezu aufdrängen, und der Verfaſſer will dieſe Suggeſtion ganz ſicher auch vermitteln, ſo wenn er etwa bemerkt, es ſei keineswegs geſagt, daß man die Atombombe nicht benützen dürfe, um der ruſſiſchen Ausdehnungspolitik Halt zu gebieten; einen Verbrecher rechtzeitig unſchädlich zu machen, ſei nicht unmoraliſch. Und wer in den letzten Monaten die amerikaniſche Tages- und Zeitſchriftenliteratur las, wer in den verſchiedenſten Teilen der Union herumhörte und nicht nur auf die „Volksſtimme", ſondern auch auf die Aeußerungen und die ganze Geſinnung von Zeitungsleuten, Geſchäftsmännern und Politikern acht gab, der weiß zur Genüge, wie ſtark man ſich in den Vereinigten Staaten bereits mit dem Gedanken eines Krieges gegen Rußland vertraut gemacht hat. Iſt da die Sowjetunion nicht weithin im Recht, wenn ſie an die Unvermeidlichkeit eines bewaffneten Zuſammenſtoßes mit der bürgerlich-kapitaliſtiſchen Welt zu glauben geneigt iſt und ſich darauf beizeiten einrichtet?

Rußlands Unrecht

Und doch ist dieser Glaube im letzten Grunde falsch. Er ist Aberglaube, Schicksalsglaube, Unterwerfung unter ein vermeintlich unerbittliches Verhängnis, beruhend teils auf jenem Fatalismus, zu dem östliches Denken so stark hinneigt, teils und besonders auf einem marxistischen Dogmatismus, der die Geschichte von ehernen, selbsttätig wirkenden materiellen Gesetzen und Kräften beherrscht sein läßt, die menschliches Wollen nicht aufzuheben, nur zu erkennen und zu benützen vermöge.

Richtig — bloß *menschliches* Wollen vermag zuletzt nichts gegen gesellschaftliche und andere objektive „Gesetze". Aber ist nicht der Mensch im Bunde mit den Gesetzen und Kräften der geistig-sittlichen Welt auch den dämonischen Scheinmächten, insbesondere dem Zwang eines sich automatisch erfüllenden wirtschaftlich-politischen Kriegsverhängnisses, überlegen? Und hat ihr Pseudomarxismus die Beherrscher der Sowjetunion nicht schon einmal in folgenschwerer Weise irregeführt? Ich habe hier seinerzeit*) darauf hingewiesen, wie stark das Dogma von der gleichmäßigen Schlechtigkeit der bürgerlichen Regierungssysteme — früher sprach man wohl von der „einen reaktionären Masse", die dem sozialistischen Proletariat gegenüberstehe — an der Ueberzeugung Stalins beteiligt war, die Westmächte würden sich über kurz oder lang mit Hitler zum Kreuzzug gegen Rußland verbünden, und es komme nun alles darauf an, wenigstens den einen, den nächststehenden und bedrohlichsten der zukünftigen Kriegsgegner vorläufig zu neutralisieren und sich inzwischen die besten Ausgangsstellungen für die bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung zu schaffen. Das war, wie heute auch Kommunisten erkennen, ein verhängnisvoller Irrtum, der Rußland und die Welt entsetzlich teuer zu stehen gekommen ist. Soll er jetzt mit sicher noch ungleich furchtbareren Wirkungen wiederholt werden?

Die Erfahrung könnte die Sowjetpolitiker inzwischen gelehrt haben — und eine verständig gehandhabte marxistische Methode würde es ihnen bestätigen —, daß die bürgerlich-kapitalistische Welt alles nur keine geschlossene Einheit ist, sich vielmehr in die gegensätzlichsten Kulturkreise und Wirtschaftsgruppen aufspaltet, daß sich diese verschiedenartigen Bestandteile in sehr ungleichen Entwicklungsstadien befinden, und daß die Entwicklung im einen Lande zudem ganz und gar nicht dieselben, „gesetzmäßig" aufeinanderfolgenden Abschnitte durchläuft wie im andern. Kurz, man könnte, wenn man ohne dogmatische Scheuklappen in die Welt hineinsieht, in Rußland bemerkt haben, daß die außersowjetische Welt keineswegs ein einheitliches Interesse an der Zerstörung des kommunistischen Staates hat, und daß Rußland durchaus die Möglichkeit besitzt, mit den westlichen Staaten

*) Vgl. das Märzheft der „Neuen Wege".

friedlich zusammenzuleben und seine Sonderart zu entfalten, ohne eine gewaltsame Unterbrechung seines Wachstums befürchten zu müssen. Es wäre für die Sowjetunion gewiß keine leichte, aber dennoch eine dankbare Aufgabe, die fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte in den westlichen Ländern zu benützen, um die Wiederkehr einer weltweiten Wirtschaftskrise durch internationale Planwirtschaft zu verhindern oder wenigstens deren Schärfe zu mildern, falls sie doch eintreten sollte, und eine Völkerrechtsordnung aufzubauen, die mit der Ausschaltung der Kriegsgefahr auch die Existenz der Sowjetunion unbedingt sicherzustellen vermöchte.

Politik des guten Willens

Daß es solche Kräfte, und sehr starke, im Westen tatsächlich gibt, kann nur Blindheit oder Uebelwollen leugnen. Sie sind in Europa am Werk, namentlich in den demokratischen und sozialistischen Bewegungen. Und sie sind auch in Amerika vorhanden, dessen Volk auch durch die abscheulichste Hetze niemals für einen Präventiv- oder Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen wäre. Ein wohlbekannter amerikanischer Journalist, Paul Scott Mowrer, drückt zweifellos die Meinung der großen Mehrzahl seiner Landsleute aus, wenn er in einem offenen Brief an den Russen „Iwan", den ich z. B. im „Oregon Sunday Journal", einem Wochenblatt des Westens, gefunden habe, schreibt:

„Wir Amerikaner haben unsere eigene Lebensform. Bei all ihren Nachteilen glauben wir, sie sei der euren überlegen. Aber wir anerkennen euer Recht, eure heimischen Angelegenheiten zu ordnen, wie es euch paßt, und wir begehren nichts Besseres, als mit euch in auswärtigen Angelegenheiten verständnisvoll und freundlich zusammenzuarbeiten.

Wir haben alles getan, was wir wußten, um eure Regierung davon zu überzeugen. Es scheint uns aber, als hätten wir dafür nichts empfangen als nur Körbe. Eure Regierung hat gegenüber Amerika und den Amerikanern konsequent eine feindselige und argwöhnische Haltung eingenommen, die nach unserem Empfinden unverdient ist und die uns kränkt."

Daß Amerika alles getan habe, um Rußland von seinen freundschaftlichen Absichten zu überzeugen, ist zwar handgreiflicher Unsinn; die amerikanische Haltung in der Atombombenfrage — um nur das zu erwähnen und das beständige Auftrumpfen mit der militärischen Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten ist wirklich nicht dazu angetan, die Russen von ihrem Argwohn zu befreien. Aber Mowrer und die so denken wie er meinen es trotzdem ganz ehrlich, und an der Sowjetuion wäre es, den vielen guten Willen, der ihr aus dem amerikanischen Volk entgegenkommt, nutzbar zu machen, um jeden Gedanken an einen Krieg zwischen den beiden Reichen von vornherein als unverantwortliche und verbrecherische Tollheit erscheinen zu lassen.

Eine ſolche Haltung auf ruſſiſcher Seite ſetzt freilich eine politiſche Theorie und Praxis, eine Welt- und Lebensauffaſſung voraus, wie ſie in der Sowjetunion von heute noch nicht herrſcht, einen weitherzigen, menſchlichen und freiheitlichen Sozialismus, wie er nun einmal dem modernen Kommunismus fremd iſt, eine antimilitariſtiſche und pazifiſtiſche, alle nationale Souveränität der internationalen Solidarität unterordnende Geſinnung, wie ſie allein eines Staatsweſens würdig iſt, deſſen Führer ſich auf den ſozialiſtiſchen Internationalismus berufen. Und darum bleibt eine *Wandlung ſowjetruſſiſchen Denkens und Wollens*, die in die Tiefe geht und aus der Tiefe kommt, eine Grundbedingung aller dauerhaften Verſtändigung von Oſt und Weſt. Ich habe das ſchon mehr als einmal und, wie ich glaubte, ſehr deutlich ausgeſprochen; aber man muß es ſcheints immer wieder ſagen, um Mißverſtändniſſe zu beſeitigen — *wenn* ſie beſeitigt werden können . . .

Mit der gleichen, vielleicht langweiligen Hartnäckigkeit muß freilich auch die andere, in meinen Augen ebenſo grundlegende Wahrheit wiederholt werden, daß die außerruſſiſche Welt, vorab die Weſtmächte, von der Sowjetunion eine gutwillige Zuſammenarbeit und eine Schwenkung zur Politik der kollektiven Sicherheit hin nur dann erwarten können, *wenn ſie ſelbſt mit der Politik nationaler Machtſicherung und kapitaliſtiſch-imperialiſtiſchen Konkurrenzkampfes radikal brechen.* Und die „weſtliche Demokratie" wird in der Sowjetunion nur dann ernſt genommen werden, wenn ſie ſich von ihrer Verfälſchung und Aushöhlung durch den Kapitalismus befreit und als *ſozialiſtiſche* Demokratie neue, erobernde Lebenskraft gewinnt. Wie es in dieſer Beziehung heute tatſächlich ſteht, wollen wir durch einen Rundblick über das Gewoge des politiſchen Weltringens ſummariſch feſtzuſtellen verſuchen.

Der Kampf um Vorderasien

Der gefährlichſte Konfliktsherd liegt zur Zeit, und wahrſcheinlich auf lange hinaus, in Aſien und im angrenzenden Nordafrika. Hier haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihr wichtigſtes Intereſſengebiet, und von hier aus, zunächſt namentlich vom nahen und mittleren Oſten aus, verſchärfen ſich die Gegenſätze zwiſchen den angelſächſiſchen Mächten und der Sowjetunion am bedrohlichſten.

Das britiſche Intereſſe an Vorderaſien iſt ein doppeltes. England braucht — im Zuſtande der internationalen Anarchie — die Landbrücke nach Indien und Oſtaſien als unentbehrliches Glied ſeines Reichsverteidigungsſyſtems. Und die Kapitalanlagen ſeiner Induſtrie- und Finanzſchicht, zum Teil aber auch wirtſchaftliche Bedürfniſſe des Geſamtreiches, erheiſchen die Erhaltung des ſtatus quo, die Verhinderung nationaler und ſozialer Umwälzungen und jedenfalls die Fernhaltung ſowjetruſſiſchen Einfluſſes auf dieſe Gebiete.

Nun ist aber der vordere Orient — wie das übrige Asien — in stärkster Gärung, ja in einer eigentlichen Revolution begriffen. Und zwar tritt neben die *nationale* immer kräftiger eine *soziale* Freiheitsbewegung, die täglich mehr an Boden gewinnt. Die großenteils in Elend, Schmutz und Krankheit verkommenden Volksmassen beginnen sich wirtschaftlich und politisch zu organisieren; die revolutionären Parteien und die Gewerkschaften finden einen Zulauf, wie er in diesen Ländern bislang völlig unbekannt war. Ein Beispiel für viele: „In Irak", so berichtet John Kimche in „Servir" aus eigener Anschauung, „entwickelt sich der Kommunismus reißend. Man findet dort schon vier kommunistische Tageszeitungen und ein kurdisches Kommunistenblatt" und die Partei holt sich ihre Anhänger besonders unter den Eisenbahnern, den Lehrern, den Beamten und sogar in der Armee, in der zahlreiche Offiziere, die seinerzeit bei der Revolte von Rachid Ali im Jahr 1941 (gegen die Engländer) mitmachten, heute die kommunistische Opposition gegen den Regenten und seine Regierung unterstützen."

Der ganze mittlere Osten, so fährt Kimche fort, wie er von den Engländern nach 1920 geschaffen worden, werde innert kurzem zusammenbrechen. Alle fortschrittlichen Kräfte blickten nach der Sowjetunion aus als der mächtigsten Helferin in ihrem Befreiungskampf. England aber beharre darauf, in den radikalen Volksbewegungen seinen Feind zu sehen und sich auf die reaktionäre arabische Herrenklasse zu stützen, auf die Vertreter der einheimischen Grundbesitz- und Finanzinteressen, die ihrerseits nach Großbritannien ausblickten, als dem zuverlässigsten Verbündeten in ihrem Kampf gegen den sozialen Umsturz. Vor und während dem Krieg suchte England — erfolglos, wie man weiß — durch „nationale" Zugeständnisse und schließlich durch die völlige Preisgabe seiner judenfreundlichen Palästinapolitik die Loyalität der arabischen Oberschicht für den Kampf gegen die Achse zu erkaufen. *Nach* dem Krieg ist der große Feind die Sowjetunion geworden, die nach den Warmwasserhäfen und den Oelfeldern des mittleren Ostens hindrängt. „Ein Block arabischer Staaten, der mit Großbritannien durch Konzessionen, Gunsterweise und eine wohlbegründete Furcht vor dem Kommunismus verbunden wäre, scheint dem landläufigen Kolonialdenken das bestmögliche Bollwerk gegen ein russisches Vordringen zu sein. Diese Hoffnungen würden aber durch ein Anwachsen der jüdischen Stärke in Palästina vereitelt werden. Denn die Tatkraft und das soziale Fortschrittsprogramm der Juden bedrohen viel unmittelbarer als Rußland den kastenmäßigen Feudalismus der mohammedanischen Welt, aus dem die arabische Herrenklasse ihren Reichtum und ihre Macht zieht." (Freda Kirchwey in der Neuyorker „Nation".) Darum die Interessengemeinschaft zwischen britischem Kolonialbeamtentum und Kolonialmilitär einer-

ſeits und arabiſcher Oberſchicht anderſeits; „der Himmel weiß", ſeufzt Freda Kirchwey, „er (der britiſche Kolonialbeamte) wünſcht ſoziale Veränderungen ſo wenig wie der Araber; er wünſcht das alte Syſtem und Leute an der Spitze, mit denen ſich auch ein ordentlicher Kuhhandel abſchließen läßt."

Palästina Auf dieſem Hintergrund muß man die jüngſte Entwicklung in Paläſtina ſehen. Die jüdiſchen Gewalttätigkeiten ſollen hier nicht beſchönigt werden; ſie ſind unwürdig und ſchaden der Sache des jüdiſchen Volkes ungemein. Aber wenn heute Paläſtina am Rand eines offenen Krieges ſteht, ſo ſind daran nicht in erſter Linie die Juden ſchuld, ihr zunehmender Nationalismus, ihre auffällig unzulängliche politiſche Führung und ihre langjährige verachtungsvolle Weigerung, ſich mit den Arabern zu verſtändigen, die ſie freilich an Starrſinn und Rückſichtsloſigkeit womöglich noch übertreffen. Die Hauptverantwortung trifft ohne Zweifel die Engländer, insbeſondere die Labourregierung, die viel zu lange die Dinge gehen ließ, wie ſie wollten, und ſchließlich ihre in der Oppoſitionsſtellung vertretene Politik der freien jüdiſchen Einwanderung nach Paläſtina ſchmählich verleugnete. Die Verteidigung der neuen Labourpolitik durch Bevin am Parteitag in Bournemouth und ihre Gutheißung durch die große Mehrheit der Delegierten war eine beſonders bemühende Sache.

Wie der ſo gründlich verfahrene Wagen der britiſchen — und amerikaniſchen — Paläſtinapolitik ins rechte Gleis gebracht werden ſoll, iſt allerdings ſchwer zu ſagen. Ein Judenſtaat in einem Lande, deſſen Bevölkerung zu zwei Dritteln arabiſch iſt, iſt vorerſt nur als Diktatur denkbar. Ein jüdiſch-arabiſcher Gemeinſchaftsſtaat aber iſt angeſichts des tödlichen Haſſes, den beide Nationen gegeneinander empfinden, eine Utopie. Weder Juden noch Araber haben bis jetzt anders denn als Untertanen einer autoritär regierenden Mandatmacht zuſammenleben können. So ſcheint ſich, mit wichtigen Aenderungen freilich, namentlich unter weitherzigerer Zulaſſung der jüdiſchen Einwanderung, der *Teilungsplan* als vorläufig einzig brauchbare Löſung aufzudrängen. Als *vorläufige* Löſung! Denn das kleine Paläſtina iſt eben doch geographiſch und wirtſchaftlich eine Einheit, und das Ziel muß ſein, es auch politiſch als Einheit zu konſtituieren, wenn Juden und Araber einigermaßen gelernt haben werden, ſich ſelbſt zu regieren, und zur Einſicht gekommen ſind, daß ſie einander wohl oder übel brauchen. Vielleicht könnte dieſe Schule der Selbſtregierung und Verträglichkeit auch in einem gemeinſamen Staat durchlaufen werden, der beiden Nationen in ihren geſonderten Landesteilen weitgehende *Selbſtverwaltungsrechte* gäbe; nur ſcheinen die Schwierigkeiten einer Zuſammenarbeit von Juden und Arabern in gemeinſamen

Zentralbehörden vorerſt ſo groß, daß die völlige Trennung wohl doch das kleinere Uebel darſtellte.

Eine *Dauerlöſung* der Paläſtinafrage wird auf alle Fälle nur gefunden werden können, wenn ſich Juden und Araber über die Köpfe der arabiſchen Herrenſchicht wie des britiſchen Kolonialbeamtentums hinweg als *Völker* die Hand reichen. Eine großzügige wirtſchaftliche Neugeſtaltung des ganzen vorderen Orients — ich habe ſchon wiederholt darauf hingewieſen — iſt dafür unerläßlich. In ihrem Rahmen könnten Paläſtina und Transjordanien Millionen von Juden eine Heimſtätte bieten, könnten in Irak-Meſopotamien mehr Menſchen angeſiedelt werden, als dort in alten Zeiten lebten (17 bis 25 Millionen) und vermöchte Paläſtina, wie Dr. Lowdermilk in ſeinem Paläſtinabuch*) ſchreibt, „als Beiſpiel, Beweis und Hebel dienen, der den ganzen nahen Oſten aus ſeinem jetzigen troſtloſen Zuſtand heraus- und zu einem würdigen Platz in einer freien Welt hinaufheben wird".

Aegypten und Persien

Die britiſchen Schwierigkeiten in Paläſtina haben auch die *Aegypter* wieder zu größerer Unnachgiebigkeit veranlaßt, ſo daß die Verhandlungen über die Räumung Aegyptens durch Großbritannien, die auf gutem Wege zu ſein ſchienen, „endgültig geſcheitert" ſein ſollen. Die Aegypter beſtehen auf der ſofortigen Zurückziehung der britiſchen Truppen und haben auch keine Luſt, auf Grund einer Militärallianz den Engländern die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen, wenn es im mittleren Oſten zu einem Zuſammenſtoß mit Rußland kommen ſollte; darüber hinaus verlangen ſie die Einverleibung des Sudans, der jetzt von Aegypten und Großbritannien gemeinſam verwaltet wird. Bei der leidenſchaftlich nationaliſtiſchen und britenfeindlichen Haltung aller ägyptiſchen Parteien — ich habe vor kurzem im Verkehr mit ägyptiſchen Politikern Gelegenheit gehabt, ihre Denkweiſe etwas näher kennen zu lernen — iſt ſchwer abzuſehen, wie da auf gütlichem Wege eine dauerhafte Verſtändigung möglich ſein ſoll.

Perſien iſt für den Augenblick etwas in den Hintergrund der Weltbühne getreten, doch geht dort der Kampf um die nationale und ſoziale Befreiung einerſeits, die Auseinanderſetzung zwiſchen der Sowjetunion und Großbritannien-Amerika anderſeits mit aller Zähigkeit weiter. Die Anfang Auguſt erfolgte Entſendung britiſch-indiſcher Truppen nach Basra, in Südirak, die „dem Schutz indiſchen, britiſchen und arabiſchen Lebens ſowie indiſchen und britiſchen Eigentums" dienen ſollte, war ein Gegenzug gegen die Aufnahme von vier der Tudeh-Partei angehörenden Miniſtern in die Regierung Ghavam und ganz allgemein gegen „die Umtriebe der Tudehpartei in Perſien, die

*) Paleſtine, land of promiſe, von Walter Clay Lowdermilk.

kommuniſtiſchen Charakter hat und ihre Inſtruktionen aus Moskau empfängt, und die begann, auch in Südperſien unter dem indiſchen und arabiſchen Perſonal der Oelfelder**) ihre Agitation zu entfalten", wie die „Neue Zürcher Zeitung" ſo ſchön ſagt. Wobei ſie nur zu bemerken vergißt, daß Moskau und der Kommunismus für die perſiſchen, indiſchen, arabiſchen uſw. Unterſchichten nichts als Hilfskräfte ſind in dem Kampf, den ſie für ihre politſche und ſoziale Befreiung gegen ihre mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten kollaborierenden Oberklaſſen zu führen haben. Es mag ſein, wie der Labourabgeordnete und Journaliſt Michael Foot im „Daily Herald" ſchreibt, daß der Engländer, den die Orientalen kennen, „eine Karikatur iſt". Aber er fügt ſelbſt bei, daß die ſozialen Kämpfe, die nicht nur Perſien, ſondern den ganzen mittleren Oſten erſchüttern, nicht ernſt genug genommen werden könnten. „Das Erbe einer furchtbaren Vergangenheit laſtet ſchwer auf uns. Und vielleicht die größte Frage der heutigen Weltpolitik iſt die, ob es uns gelingt, uns von dieſem Erbe loszumachen und das Bild eines neuen England zu zeigen — ſolang es noch Zeit iſt."

Indien In Indien iſt dies der Labourregierung in hohem Grade tatſächlich gelungen. *Indien wird frei werden* — ſoviel ſteht feſt. Und das iſt ein gewaltiges, ein weltgeſchichtliches Ereignis, deſſen Bedeutung durch die unendlichen Qualen, unter denen die Geburt der indiſchen Nation vor ſich geht, nicht verringert, eher erhöht wird.

Die dreimonatigen Verhandlungen, die die britiſche Regierungsdelegation mit den Führern der indiſchen Parteien pflog, hatten ein doppeltes Ziel: einen langfriſtigen Plan für die Schaffung einer indiſchen Verfaſſung auszuarbeiten, auf den ſich die beiden Hauptparteien, der Kongreß und die Moslemliga, einigen könnten, und für die Uebergangszeit, während der die verfaſſunggebende Verſammlung dem Land ſeine endgültige Form zu geben hätte, eine vorläufige indiſche Nationalregierung unter dem britiſchen Vizekönig zu bilden. Der langfriſtige Plan fand nach mancherlei Zwiſchenfällen die Zuſtimmung beider Parteien, wenn auch mit ſtarken Vorbehalten; die verfaſſunggebende Verſammlung wurde im Einvernehmen zwiſchen Hindus und Mohammedanern friedlich gewählt; die Uebergangsregierung ſchien ohne Schwierigkeiten gebildet werden zu können — da nahm der Leiter der Moslemliga, Jinnah, eine unglückliche Erklärung Nehrus, des Führers der Kongreßpartei, zum Anlaß (oder Vorwand), um dem ganzen Verſtändigungswerk in letzter Stunde den Krieg anzuſagen, die Beteiligung der Mohammedaner am Parlament und an der Regierung zu verweigern und ſeine Anhänger zur „direkten Aktion"

**) Die anglo-iraniſchen Oelquellen und die Raffinerien von Adaban gehören zu den reichſten Petrolgebieten und den größten britiſchen Induſtrieunternehmungen der Welt.

aufzurufen, mit dem bekannten Erfolg, daß in den Städten Bengalens blutige Unruhen ausbrachen, die Indien bis nahe an den Bürgerkrieg heranführten.

Das große Ziel der Mohammedaner, die eben wirtſchaftlich gegenüber den Hindus im Rückſtande ſind, iſt, wie man weiß, die Errichtung eines eigenen Staatsweſens („Pakiſtan"), in dem ſie vor Majoriſierung durch die Hindus geſichert wären. Aber es iſt ſchwer zu glauben, daß der gewalttätige Widerſtand, den die Moslemliga nunmehr gegen die Schaffung eines allindiſchen Gemeinſchaftsſtaates entfeſſelt hat, ſie dieſem Ziele näherzubringen geeignet ſei. Das Beſte, was ſie von der Kongreßpartei erwarten kann, iſt ein Entgegenkommen in der Richtung, daß die überwiegend mohammedaniſchen Provinzen, beſonders die nordweſt-indiſchen, die eine gewiſſe natürliche Einheit bilden, weitgehende Selbſtverwaltung bekommen — aber nur im Rahmen des Einheitsſtaates, den die Hindus unter keinen Umſtänden preiszugeben bereit ſind. Das Problem des Ausgleiches von Zentralismus und Föderalismus, ein Hauptproblem unſerer Zeit, ſtellt ſich auch hier.

Inzwiſchen iſt unter Nehrus Vorſitz die Uebergangsregierung doch gebildet worden, der auch ligafreie Mohammedaner angehören, und der Tag rückt näher, da die Engländer Indien, das bisherige Herzſtück ihres Reiches, endgültig räumen werden — militäriſch und politiſch wenigſtens. Denn daß die *wirtſchaftlichen* Bindungen Indiens an das alte Mutterland auf abſehbare Zeit trotzdem weiter beſtehen werden, darüber braucht man ſich nicht zu täuſchen; das junge kapitaliſtiſche Bürgertum Indiens, das im weſentlichen hinter der Kongreßpartei ſteht, wird dabei ebenſo auf ſeine Rechnung kommen wie die alte indiſche Feudalklaſſe und das britiſche Induſtrie- und Finanzkapital. Und was vor Jahren einmal H. N. Brailsford von den britiſchen Dominien ſagte, das dürfte heute im Kern auch von einem „unabhängigen" Indien gelten:

„Weder der ſchwache Anſtrich von reformiſtiſchem Sozialismus, der das Denken der auſtraliſchen Labourpartei färbt, noch der Afrikander-Nationalismus der Holländiſch-Briten tut dem normalen Funktionieren der kapitaliſtiſchen Demokratie ernſtlichen Eintrag. Hier wie zu Hauſe ſind die Beſitzverhältniſſe das Entſcheidende. Aber in den Dominien bemüht ſich die örtliche Beſitzerklaſſe, in und auch außer der Regierung, nicht ausſchließlich kraft ihres eigenen Einfluſſes als Unternehmer, Bankiers und Zeitungsbeſitzer zu regieren; ſie iſt auch Geſchäftsführerin und Sachwalterin des wirklichen Eigentümers an der Themſe, der das Kapital für ihre Bergwerke, Bewäſſerungsanlagen, Hypothekartruſts und öffentlichen Anleihen liefert. Auf die Wirkſamkeit dieſes finanziellen Bandes rechnete vermutlich die britiſche Herrenklaſſe mit ihrer üblichen ſchweigſamen, inſtinktmäßigen Scharfſichtigkeit, als ſie mit etwelchem Mißtrauen den beſiegten Burenrepubliken im Rahmen der Dominionverfaſſung Selbſtregierung gewährte. Schulden ſind die unſichtbare Klammer um das Empire herum."

Wobei die Schulden auch in Neuyork aufgenommen werden können, nicht bloß in London.

Indonesien und Ostasien

Der Platz verbietet es mir, heute mit mehr als einem einzigen Wort auf die Lage in Indonesien, Indochina, China und Japan einzutreten. Darum nur das eine: Auch in diesem Riesenraum, der rund einen Drittel der Menschheit umfaßt, vermischt sich der nationale Freiheitskampf beständig mit dem sozialen Klassenkampf. Man erlaube mir, eine bezeichnende Stelle aus „The Atlantic", der großen amerikanischen Monatsschrift, anzuführen:

„In China pendelt die Bürgerkriegsfrage immer noch unsicher zwischen Verhandlung und Kampf hin und her ... Die Kuomintang benimmt sich oft wie eine Kolonialregierung in einem nominell freien Lande. Sie möchte die Lehre von der weisen Vaterherrschaft aufrechterhalten gegenüber der wachsenden Zahl der Menschen, die ihr Recht auf Teilnahme an der Politik hartnäckig geltend machen. China wird leichter verständlich, wenn wir erkennen, daß der Teilerfolg der Kommunisten in ihrem Bestreben, das Anrecht auf ein politisches Leben zu erobern, sein genaues Gegenstück hat in den Teilfreiheiten, welche die Republik des Viet Nam (in Indochina) und die indonesische Republik erstritten hat. Anderseits findet die Gefahr weiterer militärischer Aktionen der Kuomintang ihr genaues Gegenstück in der Gefahr neuerlicher militärischer Unterdrückungsmaßnahmen der Franzosen in Indochina und der Holländer in Indonesien."

In der Tat: überall stehen die alten und jungen imperialistischen Mächte hinter den eingeborenen Oberklassen, die ihre Herrschaft gegen die andrängenden unteren Schichten verteidigen. In China namentlich stützt sich Tschiang Kai-Schek offenkundig auf die amerikanische Militärmacht, und daß General MacArthurs japanische „Demokratie" der wirksamste Schutzschild ist, hinter dem die konservativen und reaktionären Mächte ihre Stellungen wiederaufbauen können, unterliegt ebensowenig dem geringsten Zweifel.

Radikale Wendung tut not

Der Schluß aber aus dieser ganzen Sachlage, wie sie nicht nur im Fernen Osten, sondern in ganz Asien und darüber hinaus besteht, ist einfach zu ziehen. Tun wir es mit den Worten der Londoner „Peace News":

„Wie zweideutig auch manche Ausdrucksformen des Kampfes sein mögen — seine Hauptlinien und seine Hauptbedeutung sind klar. Rußland setzt sich für die Befreiung der Massen ein, und Großbritannien, ob es nun die Ausdehnung des russischen Einflusses zu hindern sucht oder sich lediglich verzweifelt an seine Rohstoffgebiete klammert, unterstützt alle diejenigen, die sich der Befreiung der Massen widersetzen.

Das England, das so handelt, ist ein *sozialistisches* England. Die Vereinigten Staaten, die es auch tun, sind nicht sozialistisch. Rußland hat darum weithin recht, wenn es erklärt, zwischen dem britischen Sozialismus und dem amerikanischen Kapitalismus bestehe eigentlich kein Unterschied. Wenn es hart auf hart gehe, seien beide ein Ding. Die einzige Art, wie sich Großbritannien in russischen Augen sauber waschen könnte, bestünde darin, daß es den Grundbesitzer- und Finanzklüngeln in ganz Asien jede Unterstützung entzöge. Das wäre aber nur möglich,

wenn ſich eine revolutionär neue Auffaſſung von den britiſchen ‚Intereſſen' durchſetzte ... Einfach iſt die Löſung nicht. Die britiſche Politik muß irgendwie von Grund auf erneuert werden. Die gegenwärtige Politik iſt aufs ſchwerſte diskreditiert und *muß* ſcheitern."

Iſt es wirklich ſo ſchwer einzuſehen, daß über allen Imperialismus und Kolonialismus ein weltgeſchichtliches Gericht hereingebrochen iſt, dem nur entgehen kann, wer ſich von ihm radikal losſagt?

Vom britischen Sozialismus

Soviel über Aſien. Die Ausſicht, die Revolution der farbigen Raſſen in die Bahn eines demokratiſchen Sozialismus zu lenken, iſt freilich nicht gut. Der Kommunismus hat in Aſien ſchon darum einen großen Vorſprung, weil er die faſt gegebene Form des Sozialismus in den Ländern ohne Demokratie iſt, die zur politiſchen Selbſtregierung — wie auch Rußland — vermutlich erſt durch die wirtſchaftliche und ſoziale Befreiung hindurch kommen werden. Wie ſteht es aber in *Europa*, wo der Vorſprung deutlich auf Seiten der *Demokratie* iſt? Nützt unſer Erdteil — ich ſpreche nur von Mittel- und Weſteuropa — ſeine Chance aus, eine ſozialiſtiſche Ordnung von ſeiner großen demokratiſchen und chriſtlichen Ueberlieferung her aufzubauen?

Die Führung des europäiſchen Sozialismus iſt, nicht erſt ſeit dem zweiten Weltkrieg, an die britiſche *Labourpartei* übergegangen. In ihr verkörpern ſich die beſten Traditionen des freiheitlichen und humaniſtiſchen Abendlandes. Und die Labourpartei iſt mehr als irgend eine andere Bewegung berufen, durch Beiſpiel und direkten Einfluß dem europäiſchen Feſtlande zu helfen, zwiſchen Kommunismus und Reaktion durchzukommen und ſeine unaufſchiebbare Revolution aus dem Geiſte der ſozialiſtiſchen Demokratie heraus zu vollziehen.

Die Labourpartei erkennt denn auch in zunehmendem Maße die Rolle, die ſie zu ſpielen hat: die planvolle, gemeinnützige Beherrſchung der Wirtſchaftskräfte, die über jede profitmäßige Ausbeutbarkeit hinausgewachſen ſind, mit der Sicherung und Erweiterung perſönlicher Freiheit und kollektiver Selbſtregierung zu verbinden. Sie hat in dem einen Jahr, da ſie nun am Ruder ſteht, bewieſen, daß es ihr völliger Ernſt iſt mit dem Aufbau eines ſozialiſtiſchen England, und die Erwartung iſt berechtigt, daß am Ende ihrer erſten fünfjährigen Regierungszeit mindeſtens 20 Prozent der britiſchen Induſtrie, darunter die Grund- und Schlüſſelinduſtrien, in Volksbeſitz ſein werden. Nach einem verheißungsvollen Anlauf, den die Labourregierung mit ihrer Sozialiſierungspolitik genommen hat, ſtößt ſie jetzt zwar, namentlich in der Eiſen- und Stahlinduſtrie, auf zunehmenden Widerſtand der kapitaliſtiſchen Klaſſe, während es auf der anderen Seite nachdenklich ſtimmt, wenn der „Neuen Zürcher Zeitung" aus London berichtet werden kann, die Gegenſätze im heutigen England ſeien „nur zum

Teil prinzipieller Natur", und an der vorſichtigen Wirtſchaftspolitik Morriſons, die ſich gerade in der Sozialiſierungsfrage bekunde, hätten eigentlich auch die Konſervativen „wenig mehr auszuſetzen".

Allein das mag eine Täuſchung über die Tragweite der „ſtillen Revolution" ſein, die jetzt in England vor ſich geht, und ſpricht wohl eher für die ſeit über hundert Jahren mehr als einmal bekundete Bereitſchaft der britiſchen Oberſchicht, Umwälzungen der Herrſchaftsverhältniſſe im Frieden anzunehmen, wenn ein ausgeprägter Volkswille dahinter ſteht. Gegen die Theorie von der Unvermeidlichkeit gewaltſamer Auseinanderſetzungen zwiſchen Kapitalismus und Sozialismus liefert dieſes britiſche Beiſpiel zum mindeſten einen eindrucksvollen Beweisgrund. Die wirkliche Schwäche der Labourregierung liegt, ſofern man die möglichen verheerenden Wirkungen einer künftigen Wirtſchaftskriſe einmal außer Betracht läßt, nicht in ihrer Innen-, ſondern in ihrer *Außenpolitik*.

Die Schwierigkeiten einer ſozialiſtiſchen Weltpolitik der Labourregierung ſeien durchaus nicht verkannt; eine imperialiſtiſche Vergangenheit von vier Jahrhunderten kann nicht von einem Jahr aufs andere ausgelöſcht werden. Aber gerade darum iſt es ein Unglück, daß die Leitung der britiſchen Außenpolitik einem Manne wie Erneſt Bevin anvertraut iſt, der als energiſcher, ziemlich hemdärmelig dreinfahrender Gewerkſchaftsboß und als Arbeitsdiktator während des Krieges ſehr Tüchtiges geleiſtet hat, aber als Außenminiſter einfach fehl am Platz iſt. Seine — ſagen wir einmal: nur ſehr loſe innere Verbundenheit mit dem Sozialismus, ſeine Abhängigkeit vom konſervativen Beamtenſtab des auswärtigen Dienſtes, ſeine eigenſinnige Selbſtherrlichkeit und große Eitelkeit, die keine ernſthafte Kritik duldet, und nicht zuletzt ſein bornierter Haß gegen den Kommunismus und die Sowjetunion — all das macht ihn gänzlich unfähig, gerade jetzt, in dieſer entſcheidungsreichen Uebergangszeit, den Kurs für die britiſche Weltpolitik vorzuzeichnen. Und ein zweites Unglück iſt es, daß es in der Labourpartei nicht genug einflußreiche Menſchen gibt, die etwas von internationalen Angelegenheiten verſtehen, und daß diejenigen, die wirklich etwas davon verſtehen, entweder keine feſte Linie haben oder keine Führerperſönlichkeiten ſind, die gegen die offizielle Politik mit Autorität auftreten könnten. So kommt es, daß Bevin in ſeiner Partei immer wieder billige Triumphe über ſeine Kritiker erringt und mit ſeiner Politik weit mehr den Beifall der Konſervativen und Imperialiſten findet als der ſachkundigen, grundſätzlichen Sozialiſten. Und ſo erlebt man vor allem, daß ſich die führende ſozialiſtiſche Kraft Europas und der Welt außerſtande zeigt, auf der einen Seite die neureaktionäre Bewegung, die durch die Völker geht, zu brechen, anderſeits den kommuniſtiſchen Parolen eine eigene, demokratiſch-ſozialiſtiſche Löſung der brennenden Zeitfragen entgegenzuſetzen.

Der katholische Block

Der Hauptantrieb der neureaktionären Bewegung geht gegenwärtig, in Ermangelung eines eigentlichen Faſchismus, unzweifelhaft vom *politiſchen Katholizismus* aus. Sein Wiedererſtarken in Form eigener katholiſcher Parteien, die ſich je nachdem chriſtlich-ſozial, chriſtlich-demokratiſch, volksrepublikaniſch oder ähnlich nennen, iſt eine der bedeutſamſten Tatſachen der jüngſten Entwicklung, und die auffallenden Wahlſiege dieſer Parteien, die in Oeſterreich und Ungarn (hier durch die Partei der kleinen Landwirte), in Süd und Weſtdeutſchland, in Holland, Belgien und Luxemburg, in Frankreich und Italien alle anderen Parteien überflügelt und teilweiſe ſogar die abſolute Mehrheit in der Volksvertretung errungen haben, dieſe Wahlſiege zeigen den konſervativen Klerikalismus in einem Vormarſch, der ſeine Führer und Inſpiratoren zu den kühnſten Hoffnungen begeiſtert. Nimmt man dazu die beherrſchende Stellung, die der Klerikalismus in Spanien, Portugal und Irland einnimmt, die potentielle Macht des politiſchen Katholizismus in Polen und anderen Oſtländern ſowie den Einfluß, den die römiſche Kirche in ganz Amerika, von Kanada bis Argentinien, auf Staat und Parteien ausübt, ſo wird man zugeben müſſen, daß dieſe Hoffnungen tatſächlich einigen Grund unter ſich haben.

Nun wäre es zwar gewiß ausſichtslos, all die katholiſchen Parteien in der Welt herum auf einen gemeinſamen Nenner bringen zu wollen. Die Unterſchiede, ja Gegenſätze unter ihnen ſind teilweiſe recht erheblich, und von einer *organiſierten* Einheit des Weltklerikalismus kann denn auch vorderhand keine Rede ſein. Allein über die *geiſtige* Einheit des politiſchen Weltkatholizismus kann dennoch ein Zweifel keinen Augenblick beſtehen; ſie iſt gegeben durch das gemeinſame, einheitliche Bekenntnis und die erdumſpannende Organiſation der römiſchen Kirche mit ihrer gleichmäßigen hierarchiſchen Gliederung und ihrer monarchiſch-abſolutiſtiſchen Spitze. Und die Verſchiedenartigkeit der katholiſchen Parteien in den einzelnen Ländern iſt unter dieſen Umſtänden ſogar viel mehr ein Vorteil als ein Nachteil, ermöglicht ſie doch die elaſtiſche Anpaſſung an die jeweilige Lage und Staatsform, die immer eine Hauptſtärke der römiſchen Kirche und ihrer Diplomatie geweſen iſt, und erweckt den Anſchein einer gewiſſen Selbſtändigkeit, die ſo weit gehen kann, daß ſie ſogar linksdemokratiſch-ſozialiſtiſche Tendenzen im Schoße katholiſcher Parteien erlaubt und es den Hintermännern der Bewegung doch nicht verbietet, zu gegebener Zeit den Kurs wieder ſanft, aber beſtimmt, nach rechts zu lenken „Was die Kirche brauchte", ſtellt der frühere ſpaniſche Außenminiſter Alvarez del Vayo feſt (in der „Nation"), „das war eine weniger einheitliche Partei (als die offen reaktionär-klerikalen Gruppen es ſind), eine Partei, die darauf berechnet war, das Volk zu verwirren, mit zwei Flügeln, die nach links wie nach

rechts ausfallen und vor allem den marxiſtiſchen Parteien Stimmen entziehen konnten — kurz, eine Organiſation, die einen fortſchrittlichen Klang hatte, ohne doch fortſchrittlich zu ſein, zum mindeſten nicht gefährlich fortſchrittlich."

Und damit über den Charakter der Politik, welche die klerikale Weltbewegung zu verfolgen hat, vollends jede Unklarheit zerſtreut werde, hat Papſt Pius XII. nach einer Periode diplomatiſchen Lavierens, wie es ſich nach dem Sturz des Faſchismus aus Klugheitsgründen empfahl, in ſeiner Anſprache vom Auffahrtstag, am Vorabend der italieniſchen und franzöſiſchen Wahlen, jeden Schein von Neutralität fallen gelaſſen und den offenen Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus erklärt, damit wieder in die Bahn zurücklenkend, die die römiſche Kirche in der Aufſtiegs- und Blütezeit der totalitären Diktaturen gewandelt war. Das geiſtige Zentrum der Weltreaktion liegt heute in der Tat im Vatikan, und es ſtimmt höchſtens bitter, braucht aber in keiner Weiſe zu verwundern, daß auch Nachfahren des ehemals kulturkämpferiſchen Radikalismus die Belange der ſozialen Konſervation und der bürgerlich-kapitaliſtiſchen Klaſſenherrſchaft am ſicherſten bei der römiſchen Kirche aufgehoben ſehen.

Konsequenz? Wundern muß man ſich nur darüber, daß auch der europäiſche Sozialismus nicht die Kraft aufbringt, ſich der Welle des katholiſchen Konſervatismus entgegenzuſtellen und ſie zu brechen, daß er vielmehr froh iſt, in der Konkurrenz mit den klerikalen Parteien einerſeits, der kommuniſtiſchen Bewegung anderſeits nicht ganz an die Wand gedrückt zu werden, und daß er ſich höchſt realpolitiſch darauf eingerichtet hat, aus mehr oder weniger engen Koalitionen mit dem politiſchen Katholizismus das Beſte für die geſellſchaftliche Reform herauszuholen, was nach Lage der Dinge möglich iſt*).

Ein dauerndes, immer ſtärker werdendes Aergernis aber iſt es, daß ſich die britiſche Labourregierung, unter Mißachtung der ſchwächlichen Verſuche, ſie zum Handeln zu bringen, beharrlich weigert, mit *Franco-Spanien* zu brechen und damit die nach dem Zeugnis beſter Sachkenner unerläßliche Vorausſetzung für den Sturz der Diktatur auf der Pyrenäenhalbinſel zu ſchaffen. Die Furcht vor dem Kommunismus, die die britiſche und franzöſiſche Regierung zu der verhängnisvollen Politik des appeaſement, der vermeintlichen Beſchwich-

*) Wie ſchlecht ihm das bekommt, zeigt das Schickſal des *franzöſiſchen* Sozialismus, der im Begriff iſt, in zwei Teile auseinanderzufallen: eine reformiſtiſch-konſervative Rechte, die mit dem Klerikalismus zuſammenarbeitet, und eine radikale Linke, die früher oder ſpäter in der Kommuniſtiſchen Partei aufgehen wird. Daß ein gleichzeitig revolutionärer *und* freiheitlicher Sozialismus nötig und möglich wäre, ſcheint niemandem in den Sinn zu kommen.

tigung und Ablenkung Hitlers und Muſſolinis durch „realpolitiſche" Zugeſtändniſſe, verführte, ſcheint auch im Falle Franco der beherrſchende Beweggrund der großen Weſtmächte zu ſein, und wenn dieſe Politik ſchon nicht die gleichen kataſtrophalen Folgen haben wird wie das in München beſiegelte Arrangement mit den „*großen*" Diktatoren — ein gutes Ende nehmen kann auch ſie nicht. Nur ſollten die Vertreter dieſer Politik Schamgefühl genug haben, um einmal aufzuhören, ſich gegenüber der Sowjetunion als Verteidiger der weſtlichen Demokratie aufzuſpielen, anmaßende Noten über die Sicherung der Wahlfreiheit nach Polen zu ſchicken (in Waſhington täte man beſſer, einen entſprechenden Druck auf Georgia, Alabama, Miſſiſſippi und andere Südſtaaten auszuüben, wo der weiße Terror die Neger an der Ausübung ihres Wahlrechts faſt vollſtändig verhindert!) und in Rumänien, Bulgarien und Griechenland zum Vorteil der Reaktion*) für die Einhaltung parlamentariſch-demokratiſcher Spielregeln zu ſorgen. Man kann nicht die Demokratie anrufen, wenn ſie einem gerade ins Konzept ſeiner Macht- und Intereſſenpolitik paßt, und ſie wieder verleugnen, wenn ſie dieſer Politik in die Quere kommt**).

Die deutsche Frage

Die ſchwerſte Gefahr aber droht Europa aus der innerlich gebrochenen Haltung, welche die Weſtmächte gegenüber *Deutſchland* einnehmen. Wir werden jetzt ja mit Deutſchland-Literatur aller Art reichlich verſorgt, und ich kann mich heute ſchon aus äußeren Gründen nicht mehr lange bei der ewigen deutſchen Frage aufhalten. Ich will darum hier nur den Finger auf den einen Punkt legen, der mich in dem Zuſammenhang, in den die Weltrundſchau diesmal geſtellt iſt, beſonders wichtig dünkt: das Verhältnis des deutſchen Volkes zu *Demokratie, Sozialismus und Kommunismus.*

Es wird dabei auch dem Argloſeſten allmählich klar geworden ſein, daß an eine Geſinnungsänderung zum Guten bei der großen Mehrheit des deutſchen Volkes für alle abſehbare Zeit überhaupt nicht zu denken iſt. Weit entfernt, ſeine Macht über die Geiſter zu verlieren, gewinnt der brutalſte und verhärtetſte Nationalismus in

*) Die von Bevin vertretene *Griechenlandpolitik* hat nun ja mit dem „Volksentſcheid" zugunſten der Wiederherſtellung der *Monarchie* eine neue, unerfreuliche Frucht getragen.

**) Auch an dieſem Punkte zeigt ſich, daß die Feindſeligkeit der bürgerlichen Welt gegenüber der Sowjetunion nicht aus Liebe zur Freiheit, ſondern aus Haß gegen den Sozialismus ſtammt. Die Sowjetunion regt die Leute nicht auf, weil ſie eine Diktatur iſt (mit anderen Diktaturen hat man ſich ja ausgezeichnet zu ſtellen gewußt und erträgt ſie auch heute noch ohne Schwierigkeit), ſondern weil ſie auf ihrem Boden den Kapitalismus ausgerottet hat und ihre bloße Exiſtenz auch vom außerruſſiſchen Kapitalismus als dauernde Herausforderung und Bedrohung empfunden wird.

Deutſchland aufs neue auch dort an Boden, wo er ſchon auf dem Wege ſchien, entwurzelt zu werden. (Ich glaube ſogar in Amerika unter deutſchen Emigranten und eingebürgerten Deutſchen bedenkliche Spuren davon bemerkt zu haben.) Auch der Nürnberger Prozeß, der nun endlich bis auf die Urteilsfällung abgeſchloſſen iſt und faſt täglich neue Scheußlichkeiten des Nazismus enthüllte, hat das deutſche Gewiſſen nicht aufzurütteln vermocht; man kann und muß von ihm wohl eine bedeutende Fernwirkung erwarten, die ſich mit der Zeit immer ſtärker entfalten wird — für die Geſtaltung der *näheren* Zukunft Deutſchlands fällt er faſt gänzlich außer Betracht. Die Zeugniſſe, die uns aus Deutſchland zukommen, ſtimmen jedenfalls darin weitgehend überein, daß der Nazismus — wenn auch zeitgemäß weitergebildet — neuen moraliſchen Kredit gewinnt, und die Beobachtung jenes britiſchen Kommandanten eines Lagers von deutſchen Kriegsgefangenen, der den „Mancheſter Guardian" auf die „ernſte Tatſache" aufmerkſam macht, daß „unter dieſen jungen Gefangenen die Tüchtigkeit auf Seiten des Nazismus liegt; die paar, die ſich als nazifeindlich erklären, ſind minderen Kalibers", darf als ziemlich typiſch gelten.

Und nun halte man daneben die andere Tatſache, daß neuerdings deutſche Techniker, zivile wie militäriſche, Wirtſchaftsfachleute und anſcheinend auch ſchon Arbeiter in wachſender Zahl aus dem Weſten und Süden in die ruſſiſche Zone ſtrömen und von dorther in die Sowjetwirtſchaft, insbeſondere auch in die Rüſtungsinduſtrie, eingereiht werden. Das bedeutet zunächſt zweierlei: 1. daß die *Weſtalliierten außerſtande* ſind, die deutſche Wirtſchaft in ihren Zonen ſo zu organiſieren, daß die techniſche und kaufmänniſche Intelligenz *Hoffnung auf Betätigung* haben könnte, während die Sowjetunion ein *unbegrenzt aufnahmefähiges Reſervoir* für arbeitsloſe ausländiſche Fachleute darſtellt; und 2. daß Rußland namentlich einen großen Bedarf an Fachleuten — Technikern und Arbeitern — für ſeine *Rüſtungsinduſtrie* hat, von der man weiß, daß an ihrem Ausbau zu einer jedem Anſpruch genügenden, auf ausländiſche Hilfe nicht mehr angewieſenen Leiſtungsfähigkeit mit äußerſter Tatkraft gearbeitet wird.

Die Tragweite dieſer Tatſachen kann kaum ernſt genug erwogen werden. Es iſt mehr als bloß organiſatoriſches Verſagen, es iſt die Folge einer verfehlten Grundeinſtellung, daß ſich die Weſtalliierten als unfähig erwieſen haben, das von ihnen beſetzte Deutſchland auch nur von ferne lebensfähig zu machen. Keinerlei Plan in dieſer Richtung iſt bekannt geworden, wohl aber Pläne für das Gegenteil. Die Weſtalliierten wiſſen nicht einmal, wollen ſie Deutſchland als möglichen neuen Wirtſchaftskonkurrenten behandeln, dem Märkte, Rohſtoffquellen und Produktionskräfte nach Möglichkeit abgenommen werden müſſen, oder ſollen ſie im eigenen Intereſſe einen gewiſſen Wiederaufbau der deutſchen Wirtſchaft begünſtigen. Die Sowjet-

union ist anderseits planmäßig daran, Deutschland in einen großen *osteuropäisch-asiatischen Wirtschaftsraum* einzugliedern, der von den Hemmungen, Krisen und Erschütterungen des westeuropäisch-amerikanischen Kapitalismus unabhängig wäre, eine großzügige Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Agrarländern ermöglichte und die sichere Grundlage für eine unangreifbare Entfaltung und nötigenfalls erfolgreiche Verteidigung der Sowjetunion schüfe.

Müßte nicht die Aussicht auf eine Wiederbelebung Deutschlands im Rahmen eines solchen Ostreiches mit der Zeit eine große, eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf ein deutsches Volk ausüben, dem die Westalliierten nichts zu bieten haben als Hunger, Entbehrung und Bestrafung? Hätten die Deutschen des Westens und Südens irgendwelche Schwierigkeiten, sich mit den Ostdeutschen zusammen einem nach Asien hinein erweiterten und unendlich entwicklungsfähigen Ostreich einzufügen, wenn der endgültige Zusammenbruch der westalliierten Deutschlandpolitik die Möglichkeit dazu böte? Oder was tun die Westmächte, um eine derartige Entwicklung zu verhindern?

Die Chance der Demokratie

Die Antwort mag sich jedes selbst geben. Ich für meinen Teil empfinde wenig Neigung, eine Revanche des deutschen Nazismus an die Wand zu malen, der Arm in Arm mit dem „blutrünstigen Bolschewismus" das ebenso demokratische wie friedliebende und, ach, so christliche Westeuropa samt Amerika überfiele und zu unterjochen suchte. Denn noch hat der Westen und mit ihm die Demokratie eine große Chance. Es steht England, Frankreich und Amerika noch heute frei, den von ihnen besetzten Großteil Deutschlands — denn mit der *Teilung* Deutschlands muß man sich bis auf weiteres abfinden — an ein Europa anzuschließen, das *auf plan- und gemeinwirtschaftlicher Grundlage neu organisiert* und förderiert würde. Das setzt freilich eine radikale Wandlung von Wirtschaft und Politik der Westmächte und ihrer Trabanten voraus. Aber diese Wandlung ist ohnehin fällig, und mindestens von der britischen Labourregierung sollte man den Willen zu einer solchen Neuordnung Europas durchaus erwarten können. Ob sie dabei die Vereinigten Staaten auf ihrer Seite fände, erscheint mehr als zweifelhaft; aber kann sich Westeuropa denn nicht auf eigene Beine stellen und sein Schicksal selbst in die Hand nehmen? Frankreich sollte jedenfalls für den Plan eines von der wirtschaftlich-sozialen Seite her neu aufzubauenden Europa zu gewinnen sein, desgleichen Belgien, Holland, der stark sozialistische Norden und vielleicht auch Italien. Die Demokratie bekäme dadurch ein Ziel, für das sie sich mit Begeisterung einsetzen könnte, und einen Kampfboden, von dem aus sie die Reaktion aller Grade frontal angreifen und schlagen könnte. Aber sie müßte eben *Mut* fassen, Mut zur Ziehung der sozialen und wirtschaft-

lichen Folgerungen aus ihrem eigenen Prinzip, Mut zum raſchen und kräftigen Handeln, Mut zur — Revolution.

Denn eine Revolution braucht es allerdings, wenn Europa ſoll leben können. Und da es ſchwer zu glauben iſt, daß das Abendland ſeinem Untergang tatenlos zuſehen werde, ſo wird die Revolution gewiß auch kommen — wenn nicht aus der Kraft der ſozialiſtiſchen Demokratie, dann eben in Geſtalt einer kommuniſtiſchen Diktatur. Mit bloß negativer Bekämpfung des Kommunismus, mit bloßer Verteidigung der Menſchenrechte iſt es nicht länger getan; die beſtehenden Formen der Demokratie ſind ſo eng mit dem bürgerlich-kapitaliſtiſchen Geſellſchaftsſyſtem verknüpft, daß ſie mit ihm auch fallen werden, wenn ſie nicht von ihm abgelöſt und mit einer *ſozialiſtiſchen* Ordnung verbunden werden.

Ob die Demokratie die Kraft zu dieſer Umwälzung findet, hängt letztlich davon ab, ob ſie wieder den Zugang zu den tiefen *geiſtigen* Quellen findet, aus denen ſie ſtammt. Die ſo fürchterlich verflachte Demokratie unſerer Tage hat ihre beſte Kraft — trotz dem militäriſchen Sieg über den Faſchismus, der ja weſentlich auch von einem Diktaturſtaat mit erkämpft wurde — freilich verloren, und wenn wir nur an die Surrogatſtoffe hinſchauen wollten, aus denen ſie ſich heute kümmerlich nährt, ſo müßte man ſich ja ſchon mit ihrem Schickſal entmutigt abfinden. Aber vertrauen wir denn nicht auf den Aufbruch neuer Kraftquellen auch für die Demokratie aus der Tiefe und von der Höhe her? Erwarten wir nicht neue Himmel und eine neue Erde, darinnen *Gerechtigkeit* wohnt — auch die *ſoziale* Gerechtigkeit, deren Schaffung die große geſchichtliche Aufgabe unſeres Geſchlechtes iſt, und die auch erſt der Freiheit feſten Grund und realen Inhalt zu geben imſtande iſt?

31. Auguſt 1946. *Hugo Kramer.*

Schweizeriſche Rundſchau

Sozialpolitische Abschlagszahlung

Es iſt vielleicht richtig, wenn wir bei unſerem Rundblick über die ſchweizeriſche Lage diesmal von dem Ereignis ausgehen, das während der letzten Wochen unſere Oeffentlichkeit in beſonderem Maße beſchäftigt hat: von der Beratung und ſchließlichen Annahme des Geſetzes über die *Alters- und Hinterbliebenenverſicherung* durch den Nationalrat. Die Gutheißung der Vorlage erfolgte mit erdrückendem Mehr; trotzdem haben wir aber — noch abgeſehen von den Abſichten des Ständerats und der Drohung des Referendums — recht wenig Grund zu irgendwelcher Siegesſtimmung. Denn das Verſicherungswerk, das am 1. Januar 1948 in Kraft treten ſoll, iſt ja bei allem Guten, das es bringt,